

Politische Bildung zwischen Bildung und Politik

Anmerkungen zum Verhältnis von politischer Bildung und politischem Handeln

I

Kommt politische Bildung erst dann zu ihrem Ziel, wenn sie handlungsorientiert in dem Sinne angelegt ist, daß sie die tätige politische Praxis, die aktive Teilnahme der Lernenden an der politischen Auseinandersetzung zum Teil des Lernprozesses macht?

Es sind im wesentlichen zwei Argumentationsmuster, die in unterschiedlichen Varianten immer wieder für eine enge Verknüpfung von politischer Bildung und politischem Handeln vorgetragen werden. Zum einen wird die lernpsychologische Hypothese verfochten, durch einen engen Handlungsbezug sei eine höhere Motivation der Teilnehmer am Bildungsprozeß und eine bessere, weil "erfahrbarere" Reduktion von Komplexität erreichbar. In diesem Sinne sei "Learning by doing" (1) ein für die politische Bildung vielversprechender didaktischer Ansatz. Zum anderen wird ein demokratietheoretisches Argument vorgetragen: Politische Bildung in der Demokratie zielt auf Partizipation, und sie könne dies nur dann glaubwürdig tun, wenn sie Partizipation real einübe, eben durch Teilnahme am politischen Prozeß. Beide Argumente werden für den Bereich der Erwachsenenbildung mit mehr Vehemenz vorgetragen als für den Bereich der Schule, zum einen, weil sich in der in der Regel auf Freiwilligkeit der Teilnahme basierenden politischen Erwachsenenbildung das Motivationsproblem noch drängender stellt als in der Zwangsinstitution Schule, und zum anderen, weil Erwachsene über alle politischen Rechte bereits verfügen, auf deren spätere Wahrnehmung die Schule ihre Klientel erst vorbereiten muß.

Beide Argumentationen sind bei näherem Hinsehen weniger schlüssig, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Gegen das lernpsychologische Argument spricht zunächst die Erfahrung, daß längst nicht jeder, der sich auf eine

politische Bildungsveranstaltung einläßt, sich deshalb schon über die Teilnahme an dieser Veranstaltung hinaus engagieren will, ja daß die Furcht vor politischer Vereinnahmung häufig zum Motivationshinderis für die Teilnahme an politischer Bildung wird. Ferner läßt sich nur relativ selten ein Gleichklang des realen politischen Prozesses mit einer politischen Bildungsveranstaltung so herstellen, daß die Beschäftigung mit einem interessanten Thema zugleich Möglichkeiten realer Einflußnahme auf die politische Praxis eröffnet. Gerade bei den Themenbereichen, wo es um die wichtigsten strukturellen Probleme und Gefährdungen der modernen Gesellschaft geht und wo politische Bildung deshalb besonders gefordert ist - wie etwa Nord-Süd-Konflikt, Rüstung/Abrüstung, ökologische Krise, Zukunft der Arbeit - lassen sich Handlungsmöglichkeiten, die kurzfristig in engem Zusammenhang mit einer Bildungsveranstaltung realisierbar sind ohne zur Karikatur zu geraten, nur schwer ausmachen.

Gegen das demokratietheoretische Argument spricht die Erfahrung, daß der Teilnehmerkreis von politischen Bildungsveranstaltungen in der Regel in bezug auf die politischen Einstellungen und Interessen eine mehr oder weniger große Heterogenität aufweist. In der Zwangssituation Schule gilt dies eo ipso; in der Erwachsenenbildung mag diese Heterogenität, jedenfalls bei Veranstaltungen freier Träger wie Gewerkschaften oder Kirchen, geringer sein, aber auch hier wird sich zumindest die innerverbandliche Pluralität der Auffassungen auch im Teilnehmerkreis wiederfinden lassen. Politische Bildung kann also auch dann, wenn sie Partizipationsfähigkeit vermitteln will, nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß sich im Teilnehmerkreis einer Bildungsveranstaltung ein Konsens über Ziele, Zwecke und Mittel von Partizipation

soweit herstellen läßt, daß gemeinsames Handeln möglich wird.

II

Die bisher vorgetragenen Argumente gegen eine enge Verknüpfung von politischer Bildung und politischem Handeln bewegen sich noch auf einer pragmatischen Ebene. Ein gewichtiger Einwand ergibt sich aus der Frage nach dem Bildungsverständnis, das politische Bildung in der Demokratie leiten kann. Der Terminus "politische Bildung" faßt wie selbstverständlich zwei Begriffe zusammen, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander stehen: Politik im Sinne von aktivem politischem Handeln (in der Wortbedeutung des englischen "politics") zielt auf eingreifendes, zumeist parteiliches und darum konflikträchtiges Mitgestalten der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse; Bildungsprozesse dagegen setzen Distanz zu ihrem Gegenstand voraus und vollziehen sich im Medium der Reflexion. Jedenfalls gilt dies für ein Bildungsverständnis, das sich in der Tradition der pädagogischen Klassik der Idee der Mündigkeit der Lernenden verpflichtet weiß (2). Heinz-Joachim Heydorn konnte in diesem Sinne von einem "Widerspruch von Bildung und Herrschaft" (3) sprechen - der Bildungsprozeß verträgt sich nicht mit der autoritativen Durchsetzung vorgegebener politischer Positionen und Interessen. Während die politisch handelnde Gruppe bestimmte Interessen gegen die Interessen anderer vertritt und in ihrer internen Meinungsbildung auf das Instrument der Mehrheitsentscheidung zurückgreifen kann, strebt politische Bildung eine Kommunikationssituation an, in der sich nur der "eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Argumentes" (4) durchsetzt. Mit anderen Worten: "Politik steht unter Handlungszwang, politische Bildung unter Reflexionszwang" (5).

Für die Praxis politischer Bildung heißt dies, daß im Lernprozeß die unterschiedlichen Meinungen, Interessen und Intentionen der Teilnehmer als prinzipiell gleichberechtigt gelten müssen. Die Leiter von politischen Bildungsveranstaltungen dürfen weder vorgeweg noch im Verlauf des Lernprozesses,

weder durch eine offene Vorgabe noch durch ein bestimmtes didaktisches Arrangement oder eine bestimmte Materialauswahl entscheiden, welche politische Position als "richtig" zu gelten hat. Sie müssen es vielmehr den Teilnehmern ermöglichen, in einem offenen Reflexionsprozeß ihre je eigene politische Position zu finden und zu vertreten, ggf. auch durch neue Einsichten zu relativieren oder zu verändern. Politische Bildung muß daher die Teilnehmer immer auch dazu anregen, eigene Voreinstellungen und Positionen durch eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit unvertrauten, den eigenen Einstellungen widersprechenden Argumentationszusammenhängen in Frage zu stellen. Gerade indem politische Bildung sich auf diese Weise politischen Erwartungen, die in vielfältiger Hinsicht an sie herangetragen werden, im Interesse der Mündigkeit der Lernenden zu entziehen trachtet, entfaltet sie ihre kritische Kraft.

Politische Bildung darf daher niemals bloße Dienstleistung für die politischen Ziele von Gruppen, Verbänden oder Organisationen sein. Die Offenheit des Reflexionsprozesses muß nicht nur für politische Bildung in öffentlicher Verantwortung gefordert werden (etwa an Schulen oder Volkshochschulen), sondern auch für politische Bildung bei freien Trägern inclusive der sogenannten "Tendenzbetriebe". Konkret: Politische Bildung beispielsweise in gewerkschaftlicher Verantwortung darf kein Instrument zur Durchsetzung von politischen Positionen der Gewerkschaftsvorstände sein, sie muß vielmehr die innergewerkschaftliche Pluralität unverkürzt zur Sprache bringen, und sie muß sich mit Positionen von außerhalb der Gewerkschaften rational und ohne Denunziation auseinandersetzen. In einer aktuellen gewerkschaftlichen Kampagne - z.B. für die 35-Stunden-Woche - hat politische Bildung immer auch die Aufgabe, gewissermaßen ein Stück hinter die politischen Tagesauseinandersetzung zurückzutreten, also die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht propagandistisch zu vertreten, sondern sie in ihrer Genese, ihren Implikationen

und ihren Konsequenzen zu analysieren und sie in der Konfrontation mit anderen Positionen auch noch einmal kritisch zu befragen. Zugleich hat politische Bildung die Aufgabe, über die politische Tagesauseinandersetzung hinaus zu denken und mögliche neue Perspektiven für eine zukünftige Politik des eigenen Verbandes unvoreingenommen zu prüfen. Selbstverständlich gilt das hier für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Gesagte für politische Bildung bei anderen freien Trägern sinngemäß in gleicher Weise.

Eine solche Forderung nach Distanz zum politischen Tagesgeschäft schließt nicht aus, daß, um bei dem Beispiel zu bleiben, politische Bildung in gewerkschaftlicher Verantwortung ein anderes Gesicht hat als politische Bildung in Verantwortung der Arbeitgeberverbände oder der Kirchen. Ein unterschiedliches Profil kann sich insbesondere daraus ergeben, daß aus der Arbeit der Träger unterschiedliche Prioritäten für Unterrichtsthemen erwachsen und daß die Teilnehmer an Bildungsveranstaltungen verschiedener Träger unterschiedliche Interessen und Voreinstellungen mitbringen. So wird beispielsweise für die mit ihren Hilfswerken in der Dritten Welt engagierten Kirchen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit immer ein besonderes Gewicht haben, während etwa für die Gewerkschaften die Geschichte und das Selbstverständnis der deutschen Arbeiterbewegung ein Thema von hoher Priorität bleiben dürfte. Bei der didaktischen Konkretisierung und bei der unterrichtlichen Realisierung der unterschiedlichen Themen muß jedoch in jedem Fall die Distanz zur politischen Praxis gewahrt bleiben, ohne die von "Bildung", die auf Förderung der Mündigkeit und der Selbstbestimmungsfähigkeit der Lernenden angelegt ist, nicht die Rede sein kann.

III

Muß also politische Bildung von Politik kategorisch getrennt werden, impliziert die geforderte Distanz die Vorstellung, Bildung und Politik seien zwei voneinander völlig unabhängige

Handlungsbereiche, Bildung sei also eine letztlich apolitische Angelegenheit? Aus zwei Gründen müßte ein solches Verständnis der Verhältnisse von politischer Bildung und Politik in die Irre führen: Zum einen schlicht deshalb, weil der Gegenstand politischer Bildung Politik ist, weil also politische Bildung sich thematisch mit der politischen Realität auseinandersetzt und insofern auf sie bezogen ist. Zum anderen ist politische Bildung auch auf der intentionalen Ebene auf Politik bezogen, weil sie in der Tat die politische Handlungsfähigkeit der Lernenden intendiert. In beiden Punkten unterscheidet sich ein der demokratischen Gesellschaft angemessenes Bildungsverständnis von dem Bildungsbegriff, wie er sich in der deutschen Pädagogik nach der pädagogischen Klassik (und nicht unbedingt in deren Sinn) entwickelt hatte. Insofern knüpft die derzeitige Diskussion in der Erziehungswissenschaft um ein neues (Allgemein-)Bildungsverständnis zwar an den traditionellen Bildungsbegriff an, übernimmt ihn aber nicht bruchlos, sondern sucht die ideologiebelastete Vorstellung von Bildung als einer apolitischen Angelegenheit zu überwinden (6).

Allerdings darf mit der Förderung der politischen Handlungsfähigkeit der Lernenden eben nicht deren Instrumentalisierung für die politischen Ziele der Veranstalter von politischer Bildung gemeint sein. Politische Bildung will "politisches Handeln der Menschen nicht vorherbestimmen, sondern nur ermöglichen" (7). Insofern gilt auch für politische Erwachsenenbildung, was Klaus Mollenhauer mit Blick auf Kinder und Jugendliche formuliert hat: "Im pädagogischen Prozeß sollen die individuellen empirischen Bedingungen hervorgebracht werden, unter denen rationales politisches Handeln allererst möglich ist" (8). Ob die Lernenden sich dann tatsächlich politisch engagieren und wo und mit welchen konkreten Zielen sie dies tun, bleibt ihrer eigenen Entscheidung überlassen. Politische Bildung muß sie jedoch in die Lage versetzen, diese Entscheidungen überhaupt rational treffen zu können, und sie muß ihnen die für rationales politisches Handeln unerläßlichen Kompetenzen vermitteln.

Lediglich stichwortartig und ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei angedeutet, in welchem Sinne politische Bildung solche Kompetenzen vermitteln kann:

- Politische Bildung vermittelt "Orientierungswissen" (9), ein Verständnis von den grundlegenden politischen Problemen unserer Zeit (10) sowie die erforderlichen analytischen Qualifikationen, um Lernende in die Lage zu versetzen, politische Einzelphänomene in größere Zusammenhänge einordnen und politische Handlungsstrategien in ihren jeweiligen Konsequenzen beurteilen zu können;
- politische Bildung vermittelt die Fähigkeit "zum Gebrauch der politischen Publizistik" (11), d. h. einerseits zum reflektierten Umgang mit der Informationsflut in den Medien, andererseits zur Nutzung von Medien für die Artikulation politischer Interessen (die schon beim Leserbrief beginnt!);
- politische Bildung vermittelt die für die aktive Teilnahme am politischen Leben erforderlichen kommunikativen Fähigkeiten, d.h. beispielsweise die Fähigkeit zur angemessenen sprachlichen Artikulation vor einer größeren Gruppe oder die Fähigkeit, überzeugend für die eigene politische Position zu werben.

Da diese Fähigkeiten im politischen Bildungsprozeß auch real eingeübt werden - etwa durch die Arbeit mit der politischen Publizistik oder durch die freie politische Diskussion -, kann in diesem Sinne auch von Handlungsorientierung als einem didaktischen Prinzip politischer Bildung gesprochen werden. Handlungsorientierung bedeutet dann "Befähigung von Lernern, Spiel- und Ernsträume im politischen Alltag wahrzunehmen und angemessen aktiv auszufüllen. Handeln beginnt mit der Wortmeldung in einer Versammlung, mit dem Diskussionsbeitrag in einer Runde, ob am Stammtisch oder in der Betriebsversammlung, im Kleingartenverein und/oder in der Bürgerinitiative. Politisches Handeln ist auch schon die Wahrnehmung des Wahlrechts: wer im mehr-

deutigen Sinn des Wortes seine Stimme erhebt, ist aktiv" (12). Handlungsorientierung darf aber aus den oben genannten Gründen nicht die Verpflichtung der Lerngruppe auf gemeinsames Handeln bedeuten.

Ein solches Verständnis von Handlungsorientierung, das sich mit der geforderten Offenheit des Reflexionsprozesses in der politischen Bildung gut verträgt, hat dann in der Tat auch einen motivationspsychologischen Aspekt. Es ermöglicht eine glaubwürdige Antwort auf die legitime Frage potentieller Teilnehmer, wofür die Teilnahme an einer politischen Bildungsveranstaltung von realem Nutzen sein kann, wo also die Verwendungssituationen für das Gelernte liegen, die den Aufwand an Freizeit und Geld, den die Teilnahme an einer Veranstaltung der politischen Erwachsenenbildung für gewöhnlich erfordert, rechtfertigen. Wenn die politische Erwachsenenbildung überzeugend darlegen kann, daß sie die Teilnehmer in die Lage versetzt, besser als zuvor beispielsweise die politische Berichterstattung in den Medien verfolgen und beurteilen sowie an politischen Gesprächen im Freundes- und Kollegenkreis aktiv teilnehmen zu können, und wenn sie zudem den Ruf genießt, daß sie die Freiheit der Teilnehmer zur eigenständigen politischen Urteilsbildung nicht einschränken, sondern im Gegenteil fördern will, dann dürfte dies auch die erfolgreiche Werbung für politische Bildungsveranstaltungen erheblich erleichtern.

IV

Allerdings ist politische Bildung in einem anderen Sinn durchaus auf politisches Handeln angewiesen. Die Freiheit vor politischer Instrumentalisierung, die für die Offenheit des Reflexionsprozesses in der politischen Bildung unerläßlich ist, ist ihrerseits ein Politikum und bedarf der politischen Absicherung. Dies gilt zunächst ganz allgemein in dem Sinn, daß eine auf Mündigkeit abzielende politische Bildung nur im Kontext einer demokratischen Gesellschaft überhaupt institutionalisierbar ist,

weil nur demokratische Gesellschaften an der Selbstbestimmung ihrer Mitglieder interessiert sein können. Dies gilt zweitens in dem Sinn, daß für eine erfolgreiche politische Bildungsarbeit die Bereitschaft der jeweils politisch Verantwortlichen unerläßlich ist, die notwendigen materiellen und personellen Ressourcen bereitzustellen. Ob diese Ressourcen in der Bundesrepublik derzeit in ausreichendem Maße bereitstehen, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Drittens muß der notwendige pädagogische Freiraum für politische Bildung in der Alltagsarbeit immer wieder gegen die Neigung von Trägern und Aufsichtsgremien geschützt werden, die politische Bildung für bestimmte politische Zwecke in Dienst nehmen bzw. die offene Diskussion unbequemer Fragen unterbinden zu wollen. Nicht selten erfordert dies von den "politischen Bildnern" ein erhebliches Maß an politischem Engagement und an politischem Geschick. Für diejenigen, die die politische Bildung zu ihrer Profession gemacht haben, kann darum Distanz zur politischen Praxis nicht gefordert werden - im Gegenteil.

Anmerkungen

- (1) Der Slogan "learning by doing" geht freilich auf eine verkürzte Rezeption von John Dewey zurück; vgl. dazu Wolfgang Hilligen: Politisches Lernen - politische Aktion in der Schule. In: Materialien zur Politischen Bildung 1/1985, S. 22
- (2) vgl. hierzu insbesondere Wolfgang Klafki: Konturen eines neuen Allgemeinbildungskonzepts. In: Ders.: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Weinheim und Basel 1985
- (3) vgl. Hein-Hoachim Heydorn: Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft (1970), jetzt als Bd. 2 von H.-J. Heydorn: Bildungstheoretische Schriften. Frankfurt/M. 1979
- (4) Jürgen Habermas: Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Ders./Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung? Frankfurt/M. 1971, S. 137

- (5) Antonius Holtmann: Situationsbericht. In: Ders. (Hrsg.): Sozialkunde 7-10. Weinheim und Basel 1984, S. 39
- (6) vgl. neben der in Anm. 2 genannten Arbeit von Klafki insbesondere Theodor Wilhelm: Die Allgemeinbildung ist tot - Es lebe die Allgemeinbildung! In: Neue Sammlung 1985, S. 120 ff.; Hartmut von Hentig: Eine Antwort an Theodor Wilhelm. ebd., S. 151 ff.; Klaus Klemm/Hans-Günter Rolff/Klaus-Jürgen Tillmann: Bildung für das Jahr 2000. Bilanz der Reform, Zukunft der Schule. Hrsg. von der Max Traeger-Stiftung, Reinbek 1985, S. 161 ff.
- (7) Gerd Stein: Politische Bildung zwischen Politik und Pädagogik. Politischer Kontext, edukative Aufgabe und Bezugswissenschaften des Politikunterrichts. In: Wolfgang W. Mickel (Hrsg.): Politikunterricht im Zusammenhang mit seinen Nachbarfächern. München 1979, S. 37
- (8) Klaus Mollenhauer: Theorien zum Erziehungsprozeß. 3. Aufl. München 1976, S. 15
- (9) vgl. Hermann Giesecke: Wozu noch "Politische Bildung"? Anmerkungen zum 40. Geburtstag einer nach wie vor umstrittenen Bildungsaufgabe. In: Neue Sammlung 1985, S. 472 ff.
- (10) vgl. Klafki, a.a.O., S. 20 ff.
- (11) Giesecke, a.a.O., S. 471
- (12) Kurt Gerhard Fischer: Denken und Tun als Politische Bildung. In: Materialien zur Politischen Bildung 1/1985, S. 19